

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachvertrieb: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 666-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachvertrieb: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Verlagspreis: Vom Verlag bezogen: M. 24.50, durch die Ausgabebehalten bezogen: M. 26.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 28.— monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: den Verlag, die Ausgabebehalten, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Abgabepreise: Ortliche Anzeigen M. 4.—, Finanz- und Wirtschaftsanzeigen M. 6.—, auswärtige Anzeigen M. 8.—, örtliche Kleinanzeigen M. 10.—, auswärtige Kleinanzeigen M. 15.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entwerfender Nachsch. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Reichplatz 15300.

Freitag, 23. Juni 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 287. • 70. Jahrgang.

Die Zwangsanleihe und das Steuerkompromiß.

Die jetzt im Steuerauschuß des Reichstages stattfindenden Beratungen über den Regierungsentwurf eines Gesetzes über eine Zwangsanleihe lenken erneut den Blick rückwärts auf die Anfang April abgeschlossene letzte Finanzreform, die mit dem diese Zwangsanleihe vorzulegenden Steuerkompromiß abgeschlossen wurde. Man wird in der grundsätzlichen Stellungnahme zur Zwangsanleihe zu wiederholen haben, was bereits seinerzeit von allen Seiten gesagt wurde, welche die Finanzpolitik des Reiches nicht von der Verpflichtung entbinden wollen, auf das sorgsamste und pfleglichste die Voraussetzungen einer inneren Wirtschaftsgesundung zu beobachten. Als seinerzeit unter dem außen- und innerpolitischen Druck die Zwangsanleihe in dem Steuerkompromiß angenommen werden mußte, war man sich darüber klar, daß hier eine erneute schwere Belastung der Wirtschaft durchgeführt werden soll und man war sich weiterhin dabei bewußt, daß es sehr leicht möglich sein werde, daß der mit der Zwangsanleihe erreichte finanzwirtschaftliche Erfolg in gar keinem Verhältnis zu den schweren Schädigungen des Wirtschaftslebens steht. So wie die Dinge sich außenpolitisch und insbesondere in der Reparationsfrage jetzt entwickelt haben und weiterhin zu entwickeln scheinen, steht unter dem Druck einer erneut nach unten führenden Kurve der Bewertung der deutschen Mark, verringert sich der finanzwirtschaftliche Erfolg der Zwangsanleihe von Tag zu Tag mehr. Wird doch voraussichtlich trotz der Zwangsanleihe der Reichshaushalt des laufenden Jahres mit einem Defizit von etwa 130 bis 140 Milliarden Papiermark abschließen, sofern nicht noch wesentliche Auswirkungen der Geldentwertung auf die Beamtenbesoldung und dergleichen dieses Defizit noch mehr in die Höhe schrauben. Man steht also im Augenblick vor einer Lage, die es zwar politisch notwendig, aber wirtschaftlich sehr verhängnisvoll erscheinen läßt, daß die Zwangsanleihe zur Durchführung gelangen muß.

Denn es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß es seinerzeit den am Kompromiß beteiligten Parteien und insbesondere den Vertretern der Deutschen demokratischen Partei im Steuerauschuß gelungen ist, dadurch die Umlage der Zwangsanleihe für die Wirtschaft erträglicher zu machen, daß man in das Kompromiß eine Reihe von Bestimmungen aufnahm, die auf steuerpolitischem Gebiet eine wesentliche Verbesserung und eine wesentliche Vergrößerung der Anerkennung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten mit sich brachten. Es wird jetzt bei den Beratungen der Zwangsanleihe hoffentlich ebenso wie bei der letzten Steuerreform der sachlichen Arbeit des Ausschusses und der ausgleichenden Führertätigkeit der demokratischen Parteivertreter möglich sein, die die Wirtschaft fördernden Vereinbarungen des Steuerkompromisses neben der schweren Belastung durch die Zwangsanleihe ebenfalls schnellmöglichst in gesetzgeberische Formen zu bringen. Es war seinerzeit von der Regierung zugesagt worden, die Tarife der direkten Steuererhebung der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen. Man hat in dieser Frage das etwas peinliche Gefühl, daß die jetzt vorliegenden Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei auf Abänderung des Erbschaftsteuergesetzes, die grundsätzlich auf dieser Grundlage der Regierung im Steuerkompromiß fußen, weit weniger sachlichen als agitatorischen Gründen ihre Entstehung verdanken. Unter den für die Wirtschaft durchgeführten Forderungen im Rahmen des Steuerkompromisses wären weiterhin noch hervorzuheben: die Verpflichtung der Regierung auf Ausarbeitung von Vorschlägen zur Schaffung einer stabilen Rechnungseinheit für die gesamte Wirtschaft, Verpflichtung der Regierung auf Vereinfachung und Vereinfachung der bestehenden Steuergesetze und auf Klärung des Steuerrechts, Verpflichtung der Regierung auf praktische, durchgreifende Reform der Betriebsverwaltungen und auf politische Maßnahmen hinsichtlich der Durchführung des nun schon so oft angekündigten und versprochenen Sparmaßstabs-Programms innerhalb der gesamten Reichsverwaltung und endlich die Verpflichtung der Regierung zu einer Klärung der steuerlichen Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Wird durch diese Teile des Steuerkompromisses eine Reihe allgemeiner finanzwirtschaftlicher Forderungen, die anlässlich der Zwangsanleihe erneut mit besonderem Nachdruck erhoben werden müssen, klargestellt, so muß unter nochmaliger Betonung der Notwendigkeit, die Zwangsanleihe jetzt zum Gesetz werden zu lassen, dem Entwurf der Regierung gegenüber auf das nachdrück-

lichte hervorgehoben werden, daß er eigentlich in den wesentlichsten Einzelheiten Gedankengänge verfolgt, die für die Wirtschaft unannehmbar und verwaltungs-technisch undurchführbar erscheinen. Einmal ist hervorzuheben, daß bei der Gestaltung der Tarife für die Zwangsanleihe die Zusage der Regierung hinsichtlich des Tarifes des Vermögenssteuergesetzes außer acht gelassen worden ist, wonach die seit Dezember vorigen Jahres fortgeschrittene Geldentwertung in einer wesentlichen Erhöhung der Freigrenze und in einer wesentlichen Auseinanderziehung des vorläufig vorgesehenen Tarifes ihre Berücksichtigung finden soll. Die Zwangsanleihevorlage geht in ihrer Tarifierung in sehr erheblichem Maße über die Tarifierungsgrundsätze hinaus, die beim Tarif des Vermögenssteuergesetzes maßgebend waren. Dies muß um so verwunderlicher erscheinen, da es sich hier bei der Zwangsanleihe um ein Gesetz handelt, das einen bestimmten Ertrag, und zwar 60 Milliarden Papiermark dem Reich zuführen soll. Es muß hier auf das Vorzüglichste für die Wirtschaft die Sicherung geschaffen werden, daß keinesfalls durch eine überspannte Tarifierung mehr Geldkapital aus der Wirtschaft herausgezogen wird, als auf der Grundlage des Steuerkompromisses herausgezogen werden soll. Da die Ertragsrechnung der Begründung des Zwangsanleihegesetzes von durchaus falschen Schätzungen und Voraussetzungen ausgeht, wird hier also eine wesentliche Herabsetzung und eine wesentliche Auseinanderziehung der jetzt von der Regierung gemachten Vorschläge notwendig sein. Praktisch undurchführbar sind die für die Vermögensbewertung der Anleihepflichtigen vorgesehenen Bestimmungen, da sie von Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes ausgehen, die im Vermögenssteuergesetz selbst nur als Rahmenvorschrift vorhanden sind und erst durch die Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministeriums ihren Inhalt erhalten sollen. Wirtschaftlich unsinnig ist bei den Wertermittlungsvorschriften die Festlegung der Bewertung von Wertpapieren (Aktien und dergleichen), die mit 75 Prozent des Kurses vom 28. April 1922 eingeschätzt werden sollen. Die Frage des Zinsendienstes der Anleihe ist ebenfalls in der Vorlage in einer Form geregelt, die praktisch zu einer so starken Kursminderung der Zwangsanleihe führen muß, daß in ihrer Auswirkung voraussichtlich 60 v. H. der in der Anleihe gezeichneten Vermögenswerte praktisch der Konfiskation verfallen, und zwar einer Konfiskation, die für das Reich keinerlei erheblichen wesentlichen Vorteil mit sich bringt. Bei Sicherung der Lombardfähigkeit bei Darlehensfassen zu einem etwa 70 bis 75 v. H. betragenden Kurs würde — so behauptet die Regierung — der eigentliche Zweck der Anleihe, die Einschränkung der Inflation, aufgehoben werden. Man scheint hier im Reichsfinanzministerium auf dem etwas naiv anmutenden Standpunkt zu stehen, daß die Zeichnungspflichtigen ihre Einzahlungen in baren Zahlungsmitteln in erster Linie tätigen werden. Im engen Zusammenhang mit dieser Frage steht das Problem, wie die Verzugszahlungen getätigt werden sollen. Die Vorlage will den gesamten Ertrag der Zwangsanleihe zum 1. November d. J. erheben. Insbesondere für diese Voraussetzungen wird die noch in der Zukunft liegende Wertermittlungsvorschrift des Vermögenssteuergesetzes und insbesondere eine Vorausschätzung des voraussichtlich am 31. Dezember 1922 vorhandenen Vermögens praktisch keine Grundlage bieten können. Hier muß man etwa davon ausgehen, für die Vermögen, die bereits bei der Reichsnotopferveranlagung bestanden, als Ausgangspunkt ihrer Voreinschätzung ein Mehrfaches des damaligen Veranlagungsbetrages festzulegen und wird daneben dem Anleihepflichtigen es überlassen, ob er statt dessen etwa die leistungsfähige Bilanz zum Ausgangspunkt seiner Vorausschätzung nehmen will. Letzteres wäre für all diejenigen Vermögen, die noch nicht bei der Reichsnotopferveranlagung bestanden, die ausschließliche Grundlage für die Veranlagung. Sie berücksichtigt in diesem Zusammenhang nach keiner Richtung die ungeheuren wirtschaftlichen Folgen, die mit einem so plötzlichen gewaltigen Anstieg des Wirtschaftslebens verbunden sein müssen. Hier wird zu überlegen sein, ob die Zahlungs-termine selbst nicht wesentlich auseinandergezogen werden können, und ob man nicht gleichzeitig im Zusammenhang hiermit Wege dafür finden kann, welche die jetzt vorgesehene unmögliche Zuschlagsabgabe für zu geringe Vorauszeichnung, die inhaltlich eine erhebliche Strafe darstellt, völlig aus dem Gesetz herausbringen.

Die Zwangsanleihe im Steuerauschuß.

W.T.B. Berlin, 21. Juni. Im Steuerauschuß des Reichstages führte bei der fortgesetzten Generaldebatte über die Zwangsanleihe der Reichsfinanzminister u. a. aus, daß

eine Anpassung der Erbschaftsteuer an die Geldentwertung geboten sei. Es erlaube aber zweifelhaft, ob es sich empfehle, die beantragte Änderung im gegenwärtigen Zeitpunkt und im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zwangsanleihe vorzunehmen. Unbedingt notwendig sei es, daß, sobald man an die Änderung des Erbschaftsteuergesetzes herangehe, bei dieser Gelegenheit auch die Mängel des Gesetzes beseitigt werden müßten, die bisher einer solchen Veranlagung hinderlich waren. Nach größerer Bedenken beständen nach der Ansicht des Ministers bezüglich der beantragten Änderung der Einkommensteuer im gegenwärtigen Augenblick. Sie sei zudem bereits wiederholt und letztmals gegen Ende des Vorjahres in erheblichem Umfang der Geldentwertung angepasst worden. Bezüglich der Berücksichtigung der Zwangsanleihe drückte der Minister die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, eine Einigung zu erzielen. So weit es sich um unabwendbare Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft handle, werde sich die Reichsregierung selbstverständlich solchen Notwendigkeiten nicht verschließen, falls sie einwandfrei nachgewiesen werden.

Die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee.

Br. Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zur Frage der gegenwärtigen Verhandlungen mit dem Garantiefomitee wird von ausländischer Stelle berichtet, daß zur Führung dieser Verhandlungen in Berlin drei Kommissionen gebildet worden sind. Die erste zur Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die zweite zur Regelung der Kapitalfluktuationen und die dritte für die Stabilisierung der Währung. Eine Kommission für die Untersuchung der schwedischen Schulden ist, entgegen anderslautenden Nachrichten nicht gebildet worden. Die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee haben bereits gestern begonnen. Sie beschränken sich aber bisher lediglich auf sachliche Aufklärungen und Anfragen und sind bis jetzt vollkommen normal verlaufen. Die Nachricht, daß das Garantiefomitee mit den ausländischen deutschen Stellen auch über die russischen Reparationsanforderungen verhandelt hat, trifft zu. Die Verhandlungen in der Kohlenfrage haben auch zu einer Verständigung geführt, die freilich nicht zu erreichen gewesen war, ohne daß Deutschland und insbesondere die deutsche Industrie sich schwere Opfer in Bezug auf die Kohlenversorgung haben auferlegen müssen. Wie hierzu ein ausländischer Stelle erklärt wird, waren diese Verständigungen schon deshalb nicht zu vermeiden, weil die bisher erfolgten Reparationsanforderungen tatsächlich beträchtlich unter den seinerzeit vereinbarten Sätzen zurückgeblieben sind.

Der Wert der deutschen Warenleistungen bis März 1922

W.T.B. London, 22. Juni. (Drahtbericht.) Einer Blättermeldung zufolge belaufen sich die deutschen Zahlungen in Waren bis 31. März 1922 auf ungefähr 141 557 196 Goldmark.

Die englisch-französische Verständigungspolitik.

D. Paris, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die gestern vom „Reit Parisien“ angekündigte neue Politik einer englisch-französischen Verständigung, die darin besteht, daß Frankreich ausnahmslos Englands auf bestimmte eigene Prinzipien verzichtet, wofür England die französische Rhein- und Wiedererrichtungspolitik duldet und billigt, wird in der heutigen Morgenpresse in folgender Umlage behauptet, daß ganz unverkennbar ein solches offizielles Angebot Frankreichs an England in Vorbereitung sein muß. Derselbe stellt diesen behaupteten Ausgleich in den verschiedenen Aufsätzen der beiden Länder nochmals fest und teilt gleichzeitig mit, daß sich Frankreich auf Wunsch Englands von der türkischen Angelegenheit abwenden wird. — „Homme Libre“ billigt gleichfalls in allen Tönen diese einzige „Lösung“ des englisch-französischen Problems. Diese Politik werde aber nicht nur von der Presse, sondern auch von verantwortlichen Politikern unterstützt. So hat der Vorsteher des Senatsausschusses für äußere Politik, Senator Doumergue, mitgeteilt, Poincaré habe in London festgestellt, daß auch die englische Regierung keine Verdrängung der deutschen Schuld mehr wünsche (?), wogegen die Durchführung der Finanzkontrolle fordere. Das ist natürlich tendenziös ausgedrückt, aber ein ködnender Wahlteil kann doch dabei sein, daß man sich wieder einmal auf Kosten Deutschlands verständigen wolle.

Der französische Standpunkt bezüglich der Zwangsmaßnahmen.

W.T.B. Paris, 22. Juni. Das „Echo de Paris“, das offenbar verhindern will, daß eine zu optimistische Auffassung über das Ergebnis der Unterredung Lloyd Georges und Poincarés in London Platz greife, schreibt, es wäre vergeblich, zu behaupten, die beiden Ministerpräsidenten hätten ihr Einverständnis über recht beherrschende Grenzen hinaus festgestellt können. Nach dem Blatt gibt es sogar Anzeichen dafür, die beweisen, wie die Aktion des englischen Ministeriums noch weit davon entfernt sei, mit der Aktion des französischen Ministeriums übereinzustimmen. Zwei Fälle erwähnt das Blatt, die einen Beweis hierfür erbringen sollen: Senor Poincaré habe seine Reise nach England angetreten, habe er eine Note unterzeichnet, in der er den französischen Standpunkt betr. die 17 und 18 des Annexes 2, Abschnitt 3 des Versailles-Vertrages, den die englische Regierung einnehme, kritisiere. In der Note wurde gesagt, daß Frankreich bereit sei, eventuell gegen Deutschland, um zu Reparationszahlungen zu gelangen, jede Zwangsmaßnahme durchzuführen, die es für gut halte. Im April 1920 habe Millerand nach der Wiedereinnahme von Trier niemals auf dieses Recht verzichtet. Der zweite Punkt betreffe den Hafen von Tanger. England habe gegen die Gefahren der Verdrängung protestiert. Es erkenne die Gültigkeit der Konvention, die die französische Regierung am 2. Juni 1921 an eine französische Gesellschaft von Unternehmern gegeben habe, nicht an. Es wäre leicht, so meint das Blatt, diesem Bilde noch weiteres hinzuzufügen. Im Interesse der Entente heißt es die Erinnerung an die Realität, die es heute vollbracht habe, für notwendig.

Das Reichsschulgesetz auf dem toten Punkt.

Am 5. April war im Bildungsausschuss des Reichstages ein Antrag angenommen worden, der die bis dahin mehr pädagogisch oder theologisch oder juristisch geführten Beratungen über das Reichsschulgesetz plötzlich auf einen bedeutsamen politischen Anknüpfungspunkt gemacht hatte. Mit 15 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei gegen 13 Stimmen der Demokraten, Mehrheitssozialisten und Unabhängigen war nämlich der § 1 des Reichsschulgesetzes derart verfasst worden, dass die weltlichen und die bürgerlichen Schulen gleichberechtigt mit der Gemeindefachschule sein sollten, während dem Sinne der Verfassung entsprechend, die Gemeindefachschule nach dem Wortlaut des Gesetzes den Vorrang vor den Sonderformen haben soll. Damit war die Verschlingung unseres deutschen Schulwesens beschlossen, vornehmlich durch Schuld des Zentrums, das sich nicht an das Reichsschulgesetz angeschlossen hat. Die Regierung ließ damals durch Staatssekretär Schulz erklären, dass der angenommene Antrag auf Gleichstellung der drei Schulklassen im Widerspruch zu der bisherigen Auffassung der Regierung stehe und deshalb eine Stellungnahme der Regierung zu neuen Sachlagen herbeigeführt werden müsse. Am 21. Juni hat sich nun der Bildungsausschuss wieder versammelt, um die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Statt eines Regierungsvertreters erschien jedoch nur ein Schreiben des Reichsministers des Innern, in dem es heißt, es hätten sich bei der Beratung des § 1 Meinungsverschiedenheiten darüber ergeben, ob jener Abänderungsantrag eine Verfassungsänderung in sich schließe oder nicht. Die Regierung habe sich wiederholt mit der Angelegenheit befasst, könne aber aus verfassungsrechtlichen Gründen im gegenwärtigen Augenblick keine abschließende Stellung nehmen, behalte sich indes vor, die Frage auch unter Würdigung ihrer politischen Bedeutung alsbald im Benehmen mit den Parteien zu lösen. Unter diesen Umständen hatte sie eine weitere Beratung ausgesetzt, bis sich für eine Entscheidung, welche es aber beabsichtigt, wenn noch vor Wiederbeginn der Sitzungen des Reichstages im Herbst der Lusthuh die Beratungen wieder aufnehmen würde, so dass die Verabschiedung durch den Reichstag alsbald erfolgen könne. Darauf behielt der Ausschuss gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Beratung der Verfassung bis zum Herbst. Eine weitere Beratung wäre auch Zeitvergeuden gewesen. Es wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als dass die unterliegenden Parteien eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs darüber herbeiführen, ob der von der Mehrheit angenommene Antrag der Verfassung entspricht oder nicht, nachdem bisher keine Lösung gefunden wurde, die uns vor einem Schulfeld bewahren könnte.

Der Sanierungsplan des österreichischen Finanzministers.

W. T. B. Wien, 22. Juni. (Drabthbericht.) Finanzminister Seager entwickelte im Nationalrat gestern sein Sanierungsprogramm, das, wie er einleitend bemerkte, auf dem Grundsatze der Selbsthilfe aufbaue. Es sei vorstellbar, würde man nur auf die Auslandsschulden bauen. Die erste Etappe der Selbsthilfe sei die gestern erlassene Grundung der Nationalbank für Österreich. Außerdem müsste das Budget ins Gleichgewicht kommen, und zwar durch tatsächliche Einsparnisse von mindestens 50 Milliarden Kronen durch Vermeidung der Einnahmen des Staates, durch Einführung neuer und durch Erhöhung der bereits bestehenden Steuern und durch in Goldparität zu zahlenden Zinsen, die insoweit den Mehreinnahmen von 200 Milliarden ergeben würden. Der Minister schloß mit einem Appell an alle, einträchtig zusammenzuarbeiten und alle Parteigegensätze zurückzulassen.

Abg. Bauer (Soz.) trat für die Schaffung regelmäßiger Einnahmen ein und bestrich die Errichtung einer Rentenbank. Es sei für die Sozialdemokraten keine Möglichkeit, irgend einen Teil des Sanierungsprogramms anzunehmen, wenn nicht zunächst die Auflage einer Monopoltheorie auf alle land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen sowie auf den nicht durch den Reichsbesitz belasteten Besitz erfolge.

Abg. Weiskirchner (Chr.-Soz.) trat für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Steuern ein. Außer dem Sanierungsplan der Regierung würden aber auch Auslandskredite notwendig sein, und es müsse diesbezüglich ein Appell an die Entente gerichtet werden.

Abg. Schürz (Groß.) erklärte, seine Partei habe von jeher das entscheidende Ziel ihrer Politik darin gesehen, die Wege vorzubereiten, die eine Überführung des österreichischen Wirtschaftsgebietes in ein atones kontinentales Wirtschaftsgebiet ermöglichen sollten. Die Grobkreditische Volkspartei erkläre sich im großen und ganzen mit dem Finanzplan einverstanden.

Abg. Schönauer (D. Bauernp.) erklärte, seine Partei glaube nicht an eine lebensfähige Entwicklung des österreichischen Staates, sondern sei der Meinung, daß Österreich einem großen Wirtschaftsgebiet angeschlossen müsse, das natürlich nur Deutschland sein könne.

Der Schraubenschlüssel.

Von Hesse Zetterkröm.

Direktor Alm möchte in seiner Sommerwohnung. Aber jeden Montag fuhr er in die Stadt, um Geschäfte zu erledigen. Desmal war Frau Alm mitgekommen, um nachzufragen, ob die Deute, die die Stadtwohnung renovieren sollten, auch wirklich bei der Arbeit waren.

Der Direktor und seine Frau blieben die Nacht in der Stadtwohnung, und am Dienstagmorgen wurde im Schlafzimmerschlaf. — In den übrigen Zimmern waren die Handwerker, die nicht fertig wurden.

Direktor Alm trank seinen Kaffee und las die Morgenzeitung, die der Portier heraufgebracht hatte. Als er fertig war, entdeckte er einen Schraubenschlüssel, der auf dem Nachtschisch lag. Er nahm ihn in die Hand. Hätte er gewußt, welche Rolle er in seinem Leben spielen würde, dann hätte er ihn weggeschmissen oder ihn in einen Kleiderkasten verpackt. Aber Direktor Alm dachte nichts von seinem bevorstehenden Schicksal, darum sagte er:

„Wo kommt denn der Schraubenschlüssel von meinem Motor her? Den muß ich mit nehmen!“

„Ich werde ihn mit einpacken“, sagte Frau Alm.

Die Erzählung geht weiter.

Direktor Alm und Frau führten mit dem Mittagsschlaf nach der Sommerwohnung zurück. Sie hatten einen ausgezeichneten Platz in der Badkammer auf dem oberen Deck gefunden, dicht neben der Kommandobrücke. Frau Alm trug dort mit einer Freundin zusammen, Berta Lundgren. Die Damen studierten an ihren Federn, und der Direktor las seine Abendzeitung.

Plötzlich ließ der Direktor das Blatt sinken und sagte zu seiner Frau:

„Hast Du den Schraubenschlüssel mitgenommen?“

„Nein, das habe ich nicht“, sagte Frau Alm.

„Dann nicht?“

„Das hättest Du ja auch tun können!“

„Das hätte ich getan, wenn Du nicht gesagt hättest, daß Du es tun müßtest.“

„Ich habe noch andere Sachen im Kopf!“

„Dann laß sie sein, liebe Greta“, sagte der Direktor.

„Dann hättest Du aber nicht sagen sollen, daß Du ihn mit einpacken wolltest. Du hast also vergessen, ihn einzuwickeln!“

Die Konferenz im Haag.

Die Bildung der Bureau.

W. T. B. Haag, 21. Juni. Die heutige Sitzung der nicht-russischen Kommission hat van Karnebeek's Ernennung zum Ehrenvorsitzenden bestätigt. Der holländische Delegierte Batin wurde zum Vorsitzenden, der belgische Cettier zum stellvertretenden Vorsitzenden der nicht-russischen Kommission gewählt. Grame (England), Upband (Frankreich) und Romano (Italien) wurden zu Vorsitzenden der Unterkommissionen für das private Eigentum, Schulden und Kredite ernannt. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der nicht-russischen Kommission werden zusammen mit den Vorsitzenden der Unterkommission ein Bureau der Vorsitzenden bilden, das aber die Befugnisse der beiden Kommissionen keineswegs beeinträchtigen darf. Batin wird sich mit dem Vorsitzenden der russischen Kommission zu dem Zweck in Verbindung setzen, die Arbeitsmethoden der beiden Kommissionen einheitlich zu regeln. Die Sowjetregierung teilte bisher noch nicht offiziell die Namen ihrer Delegierten mit, nur wurde telegraphisch aus Moskau um Baderleichterungen für Litwinow, Kalowski, Krasin, Krestinski und Solofinow gebeten. Die Unterkommission beginnt morgen mit den Vorbereitungsarbeiten.

Ein technisches Experiment.

W. T. B. Haag, 21. Juni. In der heutigen Pressekonferenz erklärte der französische Delegierte für die Haager Konferenz, Upband, es sei nicht richtig, anzunehmen, daß es zwei Gruppen von Delegierten gebe, von denen die eine um jeden Preis sich mit Russland verständigen wolle, während die andere um jeden Preis eine Verständigung verhindern lasse. Die englischen Delegierten wollten sich mit Russland verständigen, aber nicht um jeden Preis. Die Moralität des Völkerrichts solle eschwert werden, also würden die Interessen Frankreichs getroffen, die an die Unterzeichnung einer Großmacht geknüpft seien und durch ihre Industrie zum Wohle dieses Landes beigetragen haben. In Genau habe man ein politisches Experiment gemacht. Es sei ein technisches Experiment, das möglicherweise Erfolge haben könne. Wenn es Erfolg habe, so sei das gewiß der ruhigen und friedlichen Atmosphäre im Haag zu verdanken.

Giollitti Versöhnungspolitik.

D. Mailand, 22. Juni. (Eia. Drabthbericht.) Der „Secolo“ schreibt Giollitti die Absicht zu, ein Kabinett der Versöhnung zu bilden, in das auch die Sozialisten und Faschisten aufgenommen werden sollen. Giollitti würde das Ministerpräsidentenamt nur dann übernehmen, wenn es gelänge, eine wirkliche Regierung der Versöhnung zu bilden, die sich aus Vertretern der äußersten Linken und äußersten Rechten zusammensetzen würde. Er glaubt, daß ein Programm der Innenabstimmung und weitestgehende soziale Reformen geeignet wären, die Versöhnung durchzuführen.

Brügele in der italienischen Kammer.

D. Rom, 22. Juni. (Eia. Drabthbericht.) Bei Erörterung des Kolonialentsatzes kam es gestern in der Kammer zu heftigen Zusammenstößen zwischen der äußersten Linken und der sozialistischen Partei. Der Sozialist Modigliani hatte auf die Gleichberechtigung der Schwarzen mit den Weißen hingewiesen. Darauf erfolgte ironische Zwischenrufe der Nationalisten, woran sich der Austausch von Beleidigungen anschloß. Die Kammer wurde durch die Regierungskolonne beider Parteien, die sich mit den Häuten beschäftigten, sich zu Boden warfen und verprügelten. Trotz Schließung der Sitzung dauerte der Kampf noch geraume Zeit an, bis die Kammer ermüdet.

Russische Handelspolitik.

W. T. B. Moskau, 20. Juni. Das Außenhandelsministerium des Sowjets in Moskau beabsichtigt, die deutschen Handelsmissionen mit Erzeugnissen des russischen Hausgewerbes, das freilich schwer darniederliegt und in gewissen wichtigen Zweigen sogar wegen mangelnder Rohstoffversorgung ganz ausgetrocknet ist, zu beschützen. Gleichzeitig sollen die Pläne zur Verdrängung der englischen Einfuhr von den nordpazifischen Inseln durch Ausfuhr hauptsächlich von Leder- und Textilwaren dorthin ausgearbeitet werden. Der Getreidepreis dieser Waren ist wegen des Schwankens des Brotpreises und der Löhne nicht kalkulierbar; er beträgt zurzeit das 5- bis 6fache des Weltmarktpreises.

Tschitscherins Stellung erschüttert?

W. T. B. London, 21. Juni. Reuters meldet aus Helsingfors, einem Bericht aus Moskau zufolge ist die Stellung Tschitscherins augenblicklich keineswegs klar infolge der Weigerung der russischen Regierung, den russisch-italienischen Handelsvertrag zu ratifizieren. Es geht das Gerücht, daß Tschitscherin möglicherweise gezwungen sein wird, zurückzutreten.

„Wollt ist heute schlecht gelaunt“, sagte Frau Lundgren. „Man muß nicht so lauerisch sein, wenn das Wetter so schön ist!“

„Liebe Berta“, sagte Direktor Alm, „Deine Bemerkung ist typisch weiblich. Wenn die Frau nachlässig ist, dann ist der Mann schuld, — er ist schlecht gelaunt.“

„Wie kannst Du behaupten, daß ich nachlässig bin!“ sagte Frau Alm. „Du mußt immer freistühlig sein, wenn es demütlich ist!“

„Ich will, daß Du zugibst, daß Du vergessen hast, den Schraubenschlüssel einzupacken!“

„Warum hast Du ihn denn nicht selber eingepackt?“

„Das hätte ich getan, wenn Du nicht gesagt hättest, daß Du es tun müßtest. Ich habe mich darauf verlassen!“

„Amvret mußt Du wegen Kleinigkeiten stinkig sein! Alle Leute hören zu, wie Du mich kiffantest! Ich war ja dumm, daß ich mit nach der Stadt gefahren bin!“

Direktor Alm stand auf, sah seine Frau an und sagte:

„Wenn Du nicht sofort zugibst, daß Du vergessen hast, den Schraubenschlüssel einzupacken, dann bringe ich über Bord!“

Frau Alm antwortete:

„Du kannst Dich selber um Deine Sachen kümmern!“

„Ja, aber Direktor Alm nach dem Ehengitter und herauf über Bord. Er wurde in den Wasserwirbel gezogen und ertrank.“

Die Beerdigung war vorüber, und Frau Alm sah in ihrer endlich renovierten Stadtwohnung. Ihre Freundin, Berta Lundgren, war ihr ein großer Trost in ihrem Unglück.

Frau Alm war bleich und verwirrt, denn sie betrauerte ihren Mann wirklich. Frau Lundgren hielt die Hand der Freundin still in der linken. Sie haben schweigend da.

Dann erhob sich Frau Alm und ging ins Schlafzimmer. Die Freundin, folgte Dr. Frau Alm trat ans Fenster und blinzelte hinaus.

Plötzlich blinzelte sie sich und sah einen Gegenstand auf, auf den sie getreten hatte.

Es war der Schraubenschlüssel!

Sie hielt ihn in der Hand, und dann sagte sie:

„Hier ist ja das Ding, das Wollt vergessen hat mit in die Sommerwohnung zu nehmen!“

Aus Kunst und Leben.

• Eine Ausstellung „Tapete, Vase und Kanne“. Eine eigenartige Ausstellung findet im Stuttgarter Landesmuseum statt, um den Geschmack in der Verwendung von Blumen und Vasen zum Zimmerdekor zu beleben. Wie in der „Kunstchronik“ berichtet wird, sind in einer Halle stiel-

Wiesbadener Nachrichten.

Die Erblichkeit von Wohnungen.

In dieser Zeit der äußersten Wohnungsnot ist der Fall nicht selten, daß die Erben Verstorbenen auch auf die von dem Toten hinterlassene Wohnung einen Rechtsanspruch geltend machen, den sie auf die Ausführungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützen. Wohl geht der Besitz des Toten auf den Erben über, aber nur das, was wirklich sein „Besitz“ war. Nach der Wohnungsmangelverordnung jedoch kann man eine Wohnung, die ererbt ist, nicht ohne weiteres als Besitz anprechen. Das Innehaben einer Wohnung schloß nur ein Gebrauchsrecht in sich und war schon zu Lebzeiten des Verstorbenen nicht übertragbar auf andere dritte, fremde oder verwandte Personen. Selbstverständlich scheiden hier bei die Personen aus, die die Haus- oder Wohngemeinschaft mit dem Verstorbenen teilten, also die Frau und die bei ihm wohnenden Kinder. Diese können aus der Wohnung nicht vertrieben werden, da bei dem Todesfall die Verfügungs- berechtigung über die Wohnung auf die Ehefrau oder die mündigen Kinder übergeht. Allerdings ist es nicht die Erblichkeit der Wohnung, sondern das vom Wohnungsamt schon bei Lebzeiten anerkannte Wohnrecht der Witwe, das damit anerkannt wird. Witwen brauchen durchaus nicht leibliche Verwandte zu sein, es können auch solche Personen sein, die die Wohnung rechtmäßig bezogen haben, um eben die Wohnungsgemeinschaft mit dem Verstorbenen zu teilen.

Es ergibt sich also, daß die Erben, die nicht in der Wohnung des Verstorbenen mitwohnten, kein Vorrecht auf die Wohnung haben, und daß die, die mit dem Verstorbenen die Wohnung rechtmäßig teilten, auch wenn sie sonst nichts von ihm erben und nicht Mitunterzeichner des Mietvertrages waren, ihr Wohnrecht nach dem Tod des Verfügungsberechtigten der Wohnung für die von ihnen rechtlich benötigten Räume nicht verlieren können. Sehr verwirrt liegt der Fall allerdings bei denen, die zwar nominell die Wohnung mit dem verstorbenen Verfügungsberechtigten teilten, aber tatsächlich auf Grund irgend welcher Geld- oder Naturalleistungen keine Untermieter waren. Hier kann nur ein ordentlicher Spruch die Entscheidung ergeben.

— Zur Stiftung aus Bern. Wie bereits kurz berichtet, hatten peruanische Kinder auf Anregung des Herrn Otto von Bismarckshausen, der einer bekannten aus altbismarck Ritterfamilie gehörenden Familie entstammt und dessen Mutter hier wohnt, Spenden gesammelt, die u. a. für erholungsbedürftige Kinder in Wiesbaden und Umgebung Verwendung finden sollten. Nunmehr ist bei der deutschen Gesandtschaft in Lima folgendes Schreiben von dem Magistrat der Stadt Wiesbaden eingegangen. Unter höflicher Bezugnahme auf das Schreiben vom 11. Januar 1922 beklagen wir ergebenst den uns durch die Deutsche überseeische Bank in Berlin überwiesenen Betrag von 100 000 M. Der Magistrat bittet, den Spendern für die hochherzige Gabe und Herrn Otto von Bismarckshausen insbesondere für seine in Bern geschehenen Anregungen seinen tiefempfundenen Dank zu übermitteln. Das Geld wird ausnahmsweise für erholungsbedürftige Kinder in Wiesbaden und Umgebung verwendet werden. Mit Hilfe des gesammelten Betrags wird die Stadt Wiesbaden in der glücklichen Lage sein, in diesem Sommer eine Anzahl kranker und schwer unterernährter Kinder in Landaufenthalt und Erholung zu bringen. Die peruanischen Kinder dürfen des innigen Dankes unserer Kinder gewiß sein. Ges. Dr. Sperling, Stadtrat.

— Sonnenwendfeier. Wir werden von dem Ausschuss für die Sonnenwendfeier Taus um Aufnahme der nachstehenden Fellen gebeten. Für Teilnehmer an der Sonnenwendfeier in Taus, welche aus dem besetzten Gebiet kommen oder welches betreten, sei darauf aufmerksam gemacht, daß jede Propaganda der Sozialistischen Parteien usw., ferner das Tragen nationaler Abzeichen, das Singen nationaler Lieder im besetzten Gebiet unter allen Umständen zu unterlassen ist. Auf die Notwendigkeit, Pässe mitzunehmen, wird besonders hingewiesen.

— Zur Förderung des Kleinwohnungsbaus. Mit Zementlieferungen bevorzugt wird nach einem Schreiben des Reichswirtschaftsministers der Kleinwohnungsbau, so weit er mittelbar und unmittelbar auf die Förderung des Kleinwohnungsbaus und des Kleinwohnungsbaus im Bereich des Norddeutschen und des Rheinisch-westfälischen Zementverbandes erhält. Dieser erhält eine bevorzugte Lieferung bis zu 15 Tonnen oder 30 Taus für eine Kleinwohnung. Die Landesregierungen bestimmen die Stellen, die die Anträge prüfen.

— Die neuen Telefongebühren. Am 1. Juli wird im Telefonverkehr der Feuerungsvertrag für dringende und nicht dringende Gespräche auf 180 Prozent erhöht. Danach wird ein Dreiminutengespräch von einer öffentlichen Geschäftsstelle aus bei 5 Kilometer Entfernung 1,30 M. kosten, während das dringende Gespräch mit 3,90 M. bezahlt werden muß. Das Gespräch der Teilnehmer wird statt 45 Pf. 65 Pf. Einzelgebühr kosten, das dringende Gespräch erhöht

Blumen in besonders gewählten Vasen aufgestellt und zu den Tapeten und Dekorationsstoffen ein abgestimmt. Auf der einen Seite erfolgt die Abkühlung unter dem Gesichtspunkt der Harmonie, während auf der anderen Kontrastwirkungen erzielt werden. Alle paar Tage werden die Blumen nach Art und Farbe erneuert, und damit wechselt auch der zu ihnen passende dekorative Rahmen.

• Brahm, der Kenner. Brahm sah einmal, wie in der Brahm-Biographie von Fuller-Maitland erzählt wird, in heißer Gesellschaft in einem Wirtschaftsraum und bestellte den besten Wein. Der Wirt brachte einen und sagte dazu scherzhaft: „Dieser Wein übertrifft alle anderen, so wie die Brahmische Welt alle andere.“ Dann nehmen Sie ihn lieber gleich mit“, sagte darauf Brahm trocken, „und bringen Sie uns — eine Flasche Rad.“

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Bei der Versteigerung japanischer und europäischer Kunstwerke, die am 12. bis 14. Juni beim Kölner Kunstauktionshaus Math. Lemper (B. Domum u. Söhne) stattfand, zeigte es sich, daß die Preise für gute japanische Kunstwerke, namentlich für Eisenbemalungen und Kasse, seit 2 Monaten wiederum beträchtlich gestiegen sind. Für einzelne kleinere Eisenbemalungen wurden Preise bis zu 20 000 M. bezahlt. Die Kasse brachten in der Mehrzahl zwischen 1000 bis 5000 M. Eine thronende Buddhafigur in Holz Nr. 467 ging für 20 000 M. fort, ein japanischer Altarstein für 15 000 M. Unter den europäischen Antiquitäten des 17. und 18. Jahrhunderts brachte ein Delfter Spielzeug 79 000 M. — Der bekannte Pianist Georg Szell wurde zur musikalischen Oberleitung des städtischen Theaters in Düsseldorf dort vom Herbst an berufen.

Wissenschaft und Technik. Auf der dritten Generalversammlung des Verbands der Schweizerischen Studentenschaft in Zürich wurde die Schaffung einer Organisationskommission, die mit allen ausländischen Studenten-Organisationen zwecks Vermittlung des Studentenaustauschs Kollaboration nehmen soll. — Der Drager Bakteriologe Professor Dr. Weil ist unter tragischen Umständen gestorben. Weil, der sich dem Studium des Flektypus gewidmet hatte, war bei einem Versuch in Lemberg, wobei er sich auf Einladung der polnischen Regierung besetzt hatte, eine Kultur des Flektypus ins Auge gekriegt. Weil war sofort der tödlichen Wirkung dieser Infektion bemerkt und trat die Krankheit nach Weg an, um in seiner Heimatstadt zu sterben. In seinem wissenschaftlichen Nachlaß befindet sich eine vor dem Flektypus stehende Arbeit über ein Serum des Flektypus.

*) Aus der im Verlage von Dr. Gieseler u. Co., Berlin, erschienenen Gieseler-Sammlung: „Kunst“ des bekannten schwedischen Sammlers, des Königs und Elisabeths Kreisel übergeben und Dr. Kellert mit liegenden Bildern schmückte.

* Der Dichter der „Seeschlange“. Eifrigen Zeitungen wird im Nachhinein oft das Gespenst der berühmten Seeschlange in dieser oder jener Gestalt erschienen. Das Auftreten dieses Ungetüms beginnt gewöhnlich in Hundstagen. Aber bis jetzt mußte man nie, woher stammte. Tugend einer erforderte und dann trat sie in Siegeszug durch die Welt an. Nun aber hat das „Wiener Journal“, ein Blatt, das in der Züchtung von Seeschlangen geradezu vorbildlich genannt werden kann, Dichter der „Seeschlange“ eruiert. Es bringt nämlich einen Artikel über den Fall Reinhard Grering und schreibt: Der berühmte Dichter der „Seeschlange“, Reinhard Grering hat bis jetzt zwar keine „Seeschlange“, dafür aber die „Schlange“ gedichtet.

Handelsteil.

Die Lage am Metallmarkt.

Der deutsche Metallmarktbericht vom 12. bis 17. Juni der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H., Berlin, besagt: Das Scheitern der Anleiheverhandlungen mußte die von vielen Seiten erwartete und befürchtete Wirkung bringen, daß die Stimmung für unsere Reichsmark im Auslande wieder eine schlechtere wurde, und infolgedessen die Devisen anstiegen; der Dollar setzte am Beginn der Woche bei etwa 320 ein, die Metallpreise machten natürlich diese Erhöhung mit, und am Montag der Woche hatten wir daher einen Elektrolytkupferpreis von annähernd 100 M. Die plötzliche Preiserhöhung hatte zunächst die Wirkung, daß ein allgemeines Deckungsbedürfnis hervortrat, daß viele Käufe, welche seit längerer Zeit zurückgehalten waren, nun nachgeholt werden mußten, zu welchen noch verschiedentlich Meinungskäufe hinzu kamen; allerdings blieb die Nachfrage seitens der Industrie nach Erledigung der Eindeckungen auch in dieser Woche beschränkt, und das Hauptgeschäft entwickelte sich in Handels- und Spekulationskreisen ab. Als im Laufe der Woche die Devisenkurse und Metallpreise etwas abrückten, flaute auch das allgemeine Geschäft wieder ab, und die Umsätze verringerten sich, da wieder das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit Platz griff. Am Freitag sahen wir ein erneutes Anziehen der Kurse, verbunden mit festeren Devisen. Am Kupfermarkt ist die dauernde starke Nachfrage nach promptem Raffinadekupfer zu erwähnen, während in den anderen Metallen reichliches Material auch zur prompten Lieferung am Markte ist. Die Preisentwicklung der einzelnen Metallsorten war im übrigen in dieser Woche normal.

Der Altmetallmarkt konnte im Zusammenhang mit den Neumetallen nicht unbeträchtlich anziehen und gestaltete sich das Geschäft nach längerer Zeit wieder etwas lebhafter. Besonders Rotguss und doppelt raffiniertes Weichblei zur prompten Lieferung waren sehr gefragt, obgleich der Preis für Rotguss kaum anziehen konnte.

Die bezahlten Preise der letzten Woche waren unverbindlich wie folgt:

Elektrolytkupfer wire bars M. 9700 bis M. 10000	Hüttenrohblei M. 3700 bis M. 3800
Raffinadekupfer 99% M. 8500 bis M. 8750	Remetallblei M. 2975 bis M. 3000
Reinblei 99,99% M. 30000 bis M. 31000	Hütten-Weichblei M. 3375 bis M. 3475
Hüttenaluminium 98,99% M. 12300 bis M. 12900	Harthblei, je nach Qualität M. 2600 bis M. 2800
Zinn, Banca od. Austral. M. 23900 bis M. 24900	Antimon-Regulus M. 3150 bis M. 3250
Lötzin 30% M. 6800 bis M. 9200	Quecksilber M. 40000 bis M. 43000

Edelmetallpreise:

Platin M. 735 bis M. 750	Gold M. 203 bis M. 208
Silber M. 6.60 bis M. 6.80	Alles per Gramm

Goldkurs der Reichsbank für ein 20-Markstück vom 19. Juni bis 24. Juni 1250 M.

Altmetallpreise tiegelrecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsprechender Ab- bzw. Zuschlag:

Altkupfer M. 7500 bis M. 7900	Neue Zinkabfälle M. 2650 bis M. 2850
Altkupfer M. 8300 bis M. 8800	Zinkrührer M. 2350 bis M. 2500
Altkupfer M. 4200 bis M. 4600	Legierung M. 2450 bis M. 2600
Messingpappe M. 3800 bis M. 3900	Alblei M. 2400 bis M. 2600
Messingblechabfälle M. 5600 bis M. 6000	Aluminiumabfälle M. 9400 bis M. 9800
Altzink M. 2900 bis M. 2950	Alles per 100 kg

Berliner Devisenkurse.

W. T. B. Berlin, 22. Juni. Drahtliche Auszahlungen für

	21. Juni 1922	22. Juni 1922
Holland	12484.35	12515.45
Belgien	118.97	119.97
Frankreich	2676.65	2683.35
Italien	5413.20	5426.80
Dänemark	6941.30	6958.70
Schweden	8329.55	8350.45
Finnland	699.10	700.90
Polen	1593.10	1597.10
London	1438.90	1444.80
New-York	324.84	325.66
Paris	2820.45	2833.55
Schweiz	6157.25	6172.75
Spanien	5073.75	5086.25
Wien (Deutsch-Ost.)	2.25	2.29
Prag	620.20	621.80
Budapest	33.85	33.95
Sofia	214.70	217.30
Japan	154.50	155.50
Rio de Janeiro	4444.10	4456.10

Banken und Goldmarkt.

Preussische Zentralgenossenschaftskasse. Der Umsatz ist 1921/22 auf 142.9 Milliarden M. gestiegen. Die Bilanzsumme beträgt 2042 (1096) Mill. M. Die Zahl der angeschlossenen Zentralkassen ist auf 54 (50) gestiegen, denen 117 105 Genossenschaften mit 2 554 788 Mitgliedern angehören. Am 31. März d. J. waren von den Zentralkassen 103.5 Mill. M. (15.2) in Anspruch genommen. Mitte Juni mehr als 1/4 Milliarden M. überwiegend von landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der Reingewinn der Anstalt der besonderen Wert auf eine erhöhte Liquidität lege, hatte sich wieder auf mäßiger Höhe (i. V. 5.1 Mill.). Die Erhöhung der statischen Einlagen um 375 auf 500 Mill. M. steht bevor. Es seien bisher Bürgschaften von mehr als 5 Mill. für die Herstellung von mehr als 700 Kleinwohnungen übernommen worden. Das Privileg der Deutschen Genossenschaftshypothekbank, deren Kapital in der Hauptsache von der Kasse übernommen sei, ist inzwischen erteilt.

Weinbau und Weinhandel.

m. Haardt (Rheinpfalz). 20. Juni. Hier brachte die Winzergenossenschaft Haardt etwa 80 Stück 1921er Weißwein zum Ausbott. Es erlösten die 1000 Liter 1921er

Haardt 65 000, 71 000, 96 000, 104 000, 158 000, 173 000, 188 000, 206 000 M. Kirchpfad 209 000 M., durchschnittlich 100 000 M. Der gesamte Erlös stellte sich auf rund 3 950 000 M. — Im Anschluß hieran brachte das Weingut Friedrich Bauer, Haardt, etwa 15 Fuder 1920er und 1921er Haardt Weißwein zum Ausbott. Es wurden bezahlt für die 1000 Liter 1920er 47 800—51 800 M., 1921er 66 000 bis 83 000 M.

m. Raunenthal (Rheingau) 20. Juni. Der Raunenthaler Winzerverein brachte hier 85 Halbstück 1921er Raunenthaler Naturwein zum Ausbott. Es handelte sich bei dem größten Teil der angebotenen Weine um Rieslinggewächse. Es kostete das Halbstück 168 000—501 000 M., durchschnittlich 255 000 M. Der gesamte Erlös stellte sich auf 8 948 000 M. ohne Fässer.

Goldstern Silberstern

Cabinet

die Marken der Kenner.

Feinster Obstschäumwein.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften: Vertreter werden noch angenommen.

Lischu A.-G. Wiesbaden.

Brillanten

Schmuck, sowie Gold- und Silbergegenstände verkauft man am besten bei der **Juwelen-Ankaufsstelle Brigosi**, Grabenstraße 5, 1. Etage, und hat man bei dieser handelsgerichtlich eingetragenen Firma die Gewähr, den höchsten Preis zu erzielen. Streng reelle und diskrete Bedienung! Geschäftsstunden von 9—1 und 2—6 Uhr.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Hauptredakteur: Dr. Seifert.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Seifert; für den Lokal- und provinziellen Teil, sowie Gerichts- und Handels-Teil: Dr. Seifert; für die Anzeigen und Reklamen: Dr. Seifert.

Druck u. Verlag der Dr. Seifert'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Fahrräder Bereifung, Reparaturen und Zubehör. Hugo Bind, Herrngartenstraße 6. Telefon 481.

Ankauf! Hohe Bezahlung!

Alle einzelne Möbelfstücke, kompl. Zimmer-Einrichtungen, ganze Nachlässe, Herren- und Damen-Kleider, Wäsche, Gold- und Silbergegenstände, Antiquitäten, Porzellan, Teppiche und sämtliche Ausstattungsgegenstände. Bitte Postkarte, komme sofort.

Jo. Schwarz, Bleichstraße 34, 2. rechts.

Zahn-Lante

Parasalle 16, im Hause Singers Rahm-Geiß. Sprechstunden wochentags 9—12 u. 2—4 Uhr, außer Samstag nachm.

Künstliche Gebisse

aus bestem Friedensmaterial. Anfertigung klein. Gebisse und Reparaturen an einem Tage. Gebissumarbeit. Schnellstens.

Kronen und Brücken

aus starkem 22. u. 20kar. Gold und aus Platin. Alles Gold und Platin wird an gerechnet. Halbbare Brückenbau. Behandlung von Zahnkrankheiten.



Ganz enorme Ersparnis! Dauer-Wäsche in 3acher Stärke, unverwundlich, spart Zeit u. Geld, in 38 Formen und versch. mod. Farben. Viele lob. Anerkennungen. Zeugnisbuch Nr. 10.

Georg Kochendorfer.

Wünschen Sie vornehme

Photo-Aufnahme

in Ihrem eig. Heim?

Telephonieren Sie zwecks Angebot erster Berliner Fa. z. Zt. Wiesbaden. 6133 (Wilken). On parle français, English spoken.



Strichflaschen

Soxethflaschen

Sauer und alle Kinder-Nährmittel billig.

Mertur-Drogerie

9 Friedrichstraße 9. Ecke Delascolstraße.

Nachlaß-Versteigerung.

Morgen Samstag, den 24. Juni, vorm. 9½ Uhr anfangend, versteigere ich im Hause

Walramstraße 19

1 massiv eich. Diplomaten-Schreibtisch mit Aufsatz, 2 prima hochh. Kuchbaum-Betten mit steiligen Kuchbaum-Matratzen u. Federbetten, 1 Bett mit Sprungrahmen und steil. Segrasmatratze, 1 Bett mit Sprungrahmen u. steil. Kuchbaum-Matratze, 1 Plüschdivan mit 2 Sesseln, 1 Sofa mit 6 Polsterstühlen, einzelne Sessel, Kommoden, eich. Waschkommode mit weißer Marmorplatte und Spiegelauflage, 1 Kleiderschrank, 1 Ausziehschrank für Wäsche, 2 gute Regulatoren, 1 Ausziehtisch, eich. Kinderbett, 2 Kinderbetten (Holz) mit Matratzen, 1 Partie Bilder, 2 Spiegel, elektr. Stehlampe, 1 Kücheneinrichtung, Eisschrank, gute Messerputz-Maschine Haus- u. Küchengeräte u. dergl. mehr öffentlich gegen Barzahlung.

Befristung jederzeit.

Karl Jacob, Auktionator und Taxator.

Maria Gemeinder

Josef Lorenz

Verlobte.

WIESBADEN, den 23. Juni 1922.

Gamuel Krasnoborski.

In tiefer Trauer:

Frau Alara Krasnoborski und Kinder.

Wiesbaden (St. Langgasse 2), Minervilla, Elisabeth, Josef City (Amerika), den 22. Juni 1922.

Die Beerdigung findet Freitag, 11 Uhr, statt.

BADEN-BADENER AUTO-TURNIER



vom 10.—16. Juli 1922

veranstaltet

von dem Badischen und dem Rheinischen Automobilklub.

Turenfahrt:

in die Rheinebene mit Prüfung auf ebener Strecke.

Turenfahrt:

in die Berge des Schwarzwaldes mit Steigungs-Prüfung

Geschicklichkeitsprüfungen

Schönheits-Konkurrenz

für offene und geschloss. Wagen.

Ehren-Preise.

Robert Batschari-Wanderpreis

Zu verteidigen von Herrn Schulze-Steprath, Frankfurt am Main.

Nennungsschluß 25. Juni, Nachnennungsschluß 5. Juli, 6 Uhr abends.

Die Turnierleitung Baden-Baden.

Palais Hamilton, Luisenstraße 1.

F145

Ab Heute bis Monatsende

Verkauf meiner **Reisemuster** zu besonders herabgesetzten Preisen.

Elegante Modellkleider

Foulard, Crêpe de Chine, Crêpe Georgette
Crêpe Marocain, Voile
Kunstseiden gestrickte Kleider.

Die zum Verkauf gelangenden Artikel sind teilweise bis zu

50% im Preise herabgesetzt.

Kunstseiden gestrickte Jumper eigener Fabrikation
 mit kleinen Fehlern von Mk 490.— an

Seiden- u. Mode-Haus Walter Süss

25 Langgasse 25.

596

Wohn- u. Küchenmöbel.
 Zimmer- u. Küchen-
 u. eine neue Küchen-
 ein- u. Stuhl- extra
 stark vorrätig. Möbelhaus
 Wittenberg, Mainz.
 Leihhofstraße 10. F 150

Pachtgefuche

Garten

Nähe Frik-Ralle-Strasse.
 zu pachten.
 evtl. zu kaufen gesucht
 Adolfsallee 31. 3.

Unterricht

Deutsche Konversation
 u. Unterricht gibt junge
 Dame: Offerten u. B. 471
 an den Tagbl.-Verlag.

Deutsch, Franz., Engl.
 Tagbl.-Verlag. 31

Englisch!

unterrichtet in Englisch.
 Hr.: W. Davies, Verl.
 Winter, Sonnenberg. Str.

Geschäftl. Empfehlungen

Schöne Schneiderin
 empf. sich in Familien.
 Off. u. B. 472 Tagbl.-Bl.
Berufstätige Damen
 erh. guten Mittagstisch.
 Tagbl.-Verlag. 31
Schöne Friseurin
 nimmt noch Damen an.
 Offerten unter D. 469 an
 den Tagbl.-Verlag.
Wahlfrau hat Lage frei.
 Frau Tr. Bismarck-
 Straße 31. Nordb. Markt.

Manifure!

Hanna Rehm.
 Nordstraße 17. 2.

Berchiedenes

Wollen Sie Ihr Geschäft
 billiger als
 Bahnamtl. verkaufen,
 so wenden Sie sich an
 Maunthe, Lützenstraße 16,
 Stb. — Telefon 4497.

Schreibmasch.
 zu verm. oder zu verkaufen.
 Uebersehbungs-
 emmen, Neugasse 5.

Gut erhaltener moderner
 Kinderwagen

gesucht für eine Gegen-
 leistung (Anfertigung eines
 Anzuges). Offerten unter
 B. 472 an den Tagbl.-Bl.

Sehr leicht bürgerlichen

Mittagstisch. Off.
 u. B. 471 Tagbl.-Verlag.

Wer gibt mal. Biegen-
 milch ab? Adolfsstraße 2.

Personen- und Schnellwagen-Vermietung

Tagkraft 25—30 Str., zu billigster Berechnung
 empfiehlt
Carl Manes, Gutenbergplatz 3, B.
 Telefon 3310.

Schiedmayer und Kaps
Flügel u. Pianinos
 Miete und Verkauf.
Pianohaus Wolff
 Friedrichstr. 39, I.

Handkoffer,

Damentaschen, Brieftaschen, Zigarren- Etsis,
 Portemonnaies in größter Auswahl. 607
 A. Leisner, Faulbrunnenstr. 10.

Fabrikations-Geschäft, in Stett. Betrieb,
 gute Artikel, zu verkaufen.
 Zur Uebernahme Mk. 200 000.— nötig.
 O. Engel, Adolfsstraße 7.

Günstige Gelegenheit! Ausichtsfernrohr
 mit Stativ, 85 mm Objektiv-Öffnung, 45 X Ver-
 größerung, zu verkaufen.
 G. Th. Dörner, Optiker,
 Marktstraße 14, am Schloßplatz.

Modernes Schlafzimmer

mit dreiteiligem Spiegelschrank und eingebauter
 Trüffeltische, prima Arbeit, zu verkaufen.

Bogler, Möbelschreiner.

Rheingauer Straße 9, 2. Stod.

Park Cabaret

Wilhelmstr. 36.
 Ein Star-Kleinkunst-
 Programm erlesener
 Art

Cilly Bauer,
 Eva Hesse-Ballett,
 Die drei Jansen,
 M. Michailow,
 Rolfs, Gertrude
 u. Ant. Dressler,
 Tobat, Hans,
 Trautner, Anni
 und die weiteren
 Nummern.
 Einlass 8.30 Uhr.
 Anfang 9 Uhr.

Bad

Langen - Schwalbach
Villa Hohenstein

vorm. Haus Gassert.
 Erstklassige Verpflegung,
 schöne Zimmer, beste
 Kurlage, mäßige Preise.

Sauertischen
 zu verl. Gärtner Gsch.
 links d. Schiersteiner Str.

Walhalla

Lebens- hunger.

Tragödie in 6 Akten
 mit

Ressel Orla.
 Nach Recht und
 Gesetz.

Svenskafilm in 5 Akten
 mit ersten nordischen
 Darstellern.

Kinephon

Tannusstraße 1.

Koennyved,
 der gr. Unbekannte.
 Ein kriminelles Aben-
 teuer in 5 Akten nach
 dem Roman „Die gol-
 dene Kurve“
 von P. Rosenhala
 mit der bildschönen
Xenia Desni.
Charly Chaplin
 in seiner neuesten
 Groteske:
 Chaplin u. Co.,
 Bummel on gros.
 Ne feine Nummer.
 Reizndes Lustspiel
 in 2 Akten.

Thalia

Kirchg. 72. Tel. 6137.

Der große Lya Mara-
 Monumentalfilm!

Die Geliebte
 des Königs

oder: Aus dem Tage-
 buch e. Kammerjungfer

Drama in 5 Akten.

In den Hauptrollen:
Lya Mara

Er. Kaiser-Titz

Joh. Riemann.

Die Tant aus Brasilien.

Lustspiel in 3 Akten
 mit „Karlichen“.

URANIA

Bleichstr. 30.

Bleichstr. 30.

Erst-Aufführung!

Die Beichte einer Gefallenen.
 Monumental-Sitten-Drama in 6 Akten nach dem
 bekannten Roman von **Hedwig Hard.**

In den Hauptrollen:
Grita van Ryl, Karl Auen, Magda
Madeleine Eritz Beckmann, Herm.
Picha, Danny Gürtler u. a.

Dazu:
Die Scheidungsfalle.
 Lustspiel in 2 Akten.

Kammer- Lichtspiele

Mauritsstr. 12

Erstaufführung!

Das ausgeschnittene

Gesicht

Detektiv-Abenteuer
 aus dem Artistenleben
 in 5 Akten.

In der Hauptrolle:

Carla Ferra.

Lustiges Belpogramm.

Eintrittspreise: 5 Mk.
 bis 9 Mk.

Achtung!

Rein Baden

nur Etagegeschäft.

Wegen noch früher ein-
 gekaufter Ware weit unter
 den heutigen Fabrikpreisen
 große Auswahl in allen
 Qualitäten in

Herren- und

Damenstoffen

Am Beichtigung gelitten.

Rein Kaufzwang.

Galz, Friedrichstr. 8, D. 1.

Theater

Staats-Theater.

Großes Haus.

Freitag, 23. Juni.

12. Vorstellung Abonnements C.

Medea.

Tragödie in 4 Aufzügen von

Eschylus. Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Kleines Haus.

Freitag, 23. Juni.

16. Vorstellung Stammehe 2.

Das Dreimäderlhaus.

Einakter in 3 Akten von Dr.

H. M. Willner und G. Reichert.

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner

Regie: Paul Wegner